



Newsletter

Februar 2019

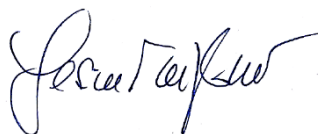
Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europawahl rückt spürbar näher, in den meisten europäischen Ländern stehen die Kandidaten bereits fest. Wir haben auf der FDP-Bundesvertreterversammlung Ende Januar in Berlin unser Wahlprogramm beschlossen und die Kandidatenliste gewählt. Mein Einzugsbereich, der Norden, ist mit der Hamburgerin Svenja Hahn (Vorsitzende der europäischen liberalen Jugend LYMEC) auf Platz 2 und meinem niedersächsischen Nachfolger Jan-Christoph Oetjen auf Platz 5 stark vertreten. Und erste Termine für Podiumsdiskussionen im Vorfeld der Wahl stehen längst fest.

Ein Thema hat in den letzten Wochen besonders junge Menschen in Europa beschäftigt und zu einem wahren Email-Ansturm bei uns Abgeordneten geführt: die Urheberrechtsreform. Letzte Woche in Straßburg stand nach einem 12 ½-stündigen Verhandlungsmarathon das Trilog-Ergebnis fest. Zum Schutz geistigen Eigentums im Internet ist darin auch ein Upload-Filter vorgesehen, der einer Zensur gleichkommt. Selbst wenn dieser Filter noch im Trilog „abgemildert“ wurde, halte ich ihn für den falschen Weg und werde im Aprilplenium dem Ergebnis nicht zustimmen.

In Atem hält uns weiter der Brexit. Um den Zusammenbruch beispielsweise im Verkehr durch einen befürchteten „harten Brexit“ zu vermeiden, sind wir gerade dabei, im Schnellverfahren kurze Gesetze zu verabschieden, die vorübergehende Lösungen bieten. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!



Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Internationaler Holocaust-Gedenktag	Seite 3
Finnischer Premierminister Juha Sipilä zur Zukunft Europas	Seite 3
Besserer Verbraucherschutz bei Lebensmitteln durch sichere Wasseraufbereitung	Seite 4
Italienischer Ministerpräsident Giuseppe Conte zur Zukunft Europas	Seite 4
Mehr Forschung für die medizinische Verwendung von Cannabis	Seite 5
Übergangsregeln für Flug- und LKW-Verkehr im Fall des Hard Brexit	Seite 5

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA: Forschung und Entwicklung für den europäischen Wassersektor	Seite 7
SEARICA: In die Blaue Wirtschaft investieren	Seite 7
Ende der Zeitumstellung in Sicht	Seite 8
Trilog-Verhandlungen im Schnelldurchlauf: European Maritime Single Window, Schiffszertifizierung nach Brexit und maximale Maße und Gewichte von LKWs (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 9
Klima und Satelliten - 11. Konferenz zur europäischen Weltraumpolitik	Seite 9
Europas Fortschritt beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030	Seite 10
Schwänzen für das Klima	Seite 11
Eine arbeitsreiche Woche im Europaparlament - Wochenbericht von Schülerpraktikant Josha Gerke	Seite 11

III. Aus Deutschland und aller Welt

Wennigsen - Im Dialog mit den Grünen: ‚Meeresschutz statt Plastikschmutz‘	Seite 14
---	----------

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Internationaler Holocaust-Gedenktag

Am 27. Januar organisierte das Europäische Parlament eine offizielle Gedenkfeier für den Holocaust und die Befreiung der Konzentrationslager von Auschwitz nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist unsere Aufgabe als Europäer, den Holocaust nicht zu vergessen, sondern stattdessen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung zu verhindern. Gerade jetzt, wo in vielen Ländern der Europäischen Union Antisemitismus deutlich zunimmt, sind wir besonders gefordert.

Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses und des World Jewish Congress, sprach während der Gedenkfeier vor dem Brüsseler Plenum. In einer ernüchternden Rede darüber, wie weit die EU seit ihrer Gründung und seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gekommen ist, erinnerte sie uns daran, dass die Bekämpfung des Antisemitismus nicht nur für die Rechte der Juden wichtig sei, sondern auch für die Verteidigung der Demokratie in der Europäischen Union als Ganzes. Europa stützt sich auf Werte wie Toleranz, Frieden und Gleichheit. Als Europäer haben wir darum die kollektive Verantwortung, Menschen aus allen Lebensbereichen zu schützen. Antisemitismus gehört einfach nicht mehr in dieses Zeitalter.

Finnischer Premierminister Juha Sipilä zur Zukunft Europas

Am 31. Januar, während des „Mini-Plenums“ in Brüssel, wurde unsere Debatte über die Zukunft Europas diesmal von dem liberalen finnischen Ministerpräsident Juha Sipilä eingeleitet. Unser liberaler Kollege aus dem Norden beschrieb in deutlichen Worten, welchen Weg die Union in den kommenden Jahren gehen sollte. Mit der Benennung von fünf entscheidenden Politikfeldern, in denen europaweit mehr Zusammenarbeit erforderlich ist, gab er bereits einen Vorgeschmack auf die finnische EU-Ratspräsidentschaft ab Juni dieses Jahres. Europa müsse auf eine europäische Einheit der Werte hinarbeiten, eine umfassende Migrationspolitik herstellen, eine Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit versichern, den europäischen Binnenmarkt stärken und kollektiv den Klimawandel angehen.

Sein Fokus lag dabei auf dem Stichwort "Implementierung", also Umsetzung beschlossener Maßnahmen, an der es immer wieder mangelt. Die Europäische Union ist in vielen Bereichen ein Vorreiter, vom wirtschaftlichen Wohlstand über die Bekämpfung des Klimawandels bis hin zum Einsatz für Menschenrechte. Alle Programme müssen aber kontinuierlich der Entwicklung angepasst und dann gemeinsam befolgt werden.

Die Unterstützung der fundamentalen europäischen Werte Menschenrechte, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Diskriminierungsfreiheit, die heutzutage durch Populismus und Nationalismus bedroht werden, will Sipilä auch wieder vorantreiben. Er betonte darum als erstes die Umsetzung des Vorschlags, das europäische Budget (den MFR) an die Einhaltung europäischer Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Respekt vor Menschenrechte zu knüpfen. Das bedeutet, dass Länder, wie in diesem Fall zum Beispiel Ungarn und Polen, die gegen die grundlegendsten Werte der EU verstoßen, dafür sanktioniert werden können. Da der Finnische Premierminister Teil der liberalen Familie ist, überrascht mich diese Aussage nicht. Ich würde mir eine breite Unterstützung dieser Haltung durch alle europäischen Staatschefs wünschen.

Beeindruckt waren viele beim Auftritt des finnischen Premierministers davon, dass der größte Teil seiner Rede sich auf Klimawandel und Umwelt fokussierte. Er forderte nach mehr Forschung von 'carbon sinks'

- Methoden, mit denen CO₂-Emissionen eingefangen und biologisch gebunden werden können. Er versprach auch, sich für die Energieunion und den Ausbau alternativer Energien einzusetzen, wobei er auch Bioenergie aus fortwirtschaftlichem Abfall einbezog. Und für die finnische Ratspräsidentschaft kündigte er an, die für Gastgeschenke vorgesehene Summe einzusetzen, um einen Ausgleich für die Emissionen zu leisten, die seine Regierung durch vermehrte Flüge von und nach Brüssel in dieser Zeit verursacht. Eine gute Idee!

Für seine Rede über Europas Einheit und die stärkere Betonung europäischer Werte erhielt er viel Applaus. Erfrischend waren nicht nur seine Ideen, sondern auch seine Haltung im Parlament: Bei der Beantwortung von Fragen, sprach er die jeweiligen Abgeordneten direkt an und blieb keine Antwort schuldig.

Besserer Verbraucherschutz bei Lebensmitteln durch sichere Wasseraufbereitung

Strenge Qualitätskriterien bei der Wiederaufbereitung von Abwasser für den Einsatz in der Landwirtschaft sollen künftig dafür sorgen, dass Lebensmittel noch sicherer werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Mikroplastik im Abwasser. Hier soll die Kommission harmonisierte Messmethoden erstellen. Mikroplastik gelangt beispielsweise durch Körperpflegemittel, Waschmittel oder Textilfasern in das Abwasser.

Da Wasser insbesondere in Gebieten mit langen Trockenperioden knapp ist und viele Lebensmittel aus genau solchen Gebieten, zum Beispiel Spanien oder Portugal, in unsere heimischen Supermärkte geliefert werden, ist es umso wichtiger, dass man durch den Einsatz von aufbereitetem Wasser ressourcenschonend Landwirtschaft betreiben kann. Aber auch hierzulande sollte ressourcenschonend mit Wasser umgegangen werden. Es ist gut, dass die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft vorangetrieben wird und dazu einheitliche Qualitätskriterien aufgestellt werden. Wir Verbraucher müssen uns schließlich darauf verlassen können, dass beispielsweise Tomaten aus Spanien auch in Zukunft nicht mit Mikroplastik, Keimen oder Bakterien verseucht sind.

Der Vorschlag des Parlaments, der diese Woche im Plenum in 1. Lesung verabschiedet wurde, muss nun mit dem Rat verhandelt werden. Dies ist allerdings nicht mehr während dieser Wahlperiode zu erwarten.

Italienischer Premierminister Giuseppe Conte zur Zukunft Europas

Am 12. Februar sprach der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte vor dem Europäischen Parlament über seine Vision für die Zukunft Europas. Seine Rede stand im Kontrast zu den der anderen betont proeuropäischen Staatschefs. Er startete zunächst gar nicht schlecht und benannte klar, was in Europa fehlt und in welche Richtung man gehen sollte: Die Institutionen sollten sich bemühen, zugänglicher zu werden und den Menschen Europa näher zu bringen. Gleichzeitig sollte mehr Gleichheit gefördert und die Einbeziehung aller Regionen in Politik und Wirtschaft sichergestellt werden. Einverstanden. Sein Beitrag ging jedoch weit über die Einschätzung der Zukunft Europas hinaus und mündete in einem klaren Angriff auf Europa als Ganzes, der auf zweifelhaften Fakten und populistischen Idealen basierte.

Zu Beginn seiner Rede sagte der italienische Ministerpräsident, dass seine Regierung darauf ziele Europa "wach zu schütteln". Er sagte, das Projekt Europas sei "im Stillstand", indem es sich in den letzten Jahren auf "rein Prozedurales" beschränke. Europa benötige auch einen neuen Ansatz. Conte forderte eine Politik mit Fokus auf Solidarität für alle Mitgliedsstaaten und Regionen.

Sein Treffen mit den Führern einer politischen Protestbewegung wie den Gilets Jaunes, die Annullierung von Investitionsabkommen mit Frankreich und die Umgehung eines europaweiten Ansatzes bei Krisen,

wie die Schließung der Grenzen für Migranten und der Alleingang bei den Wirtschaftsreformen bedeuten aber, dass Italien weit davon entfernt ist, dem eigenen Rat zu folgen. Die Richtung, in der die heutige italienische Regierung geht zeigt, dass Italien heute ein Produkt des stellvertretenden Ministerpräsidenten Matteo Salvinis und seiner populistischen Partei, der Lega Nord, ist. Deren Weg bricht die wirtschaftliche Erholung Italiens nach der Krise systematisch ab und zerstört das europäische Erbe des Landes. Infolge dieses Populismus stößt Italien mit anderen Mitgliedstaaten wie Frankreich oder den europäischen Institutionen aneinander. Noch dazu ist die Außenpolitik kritisch, da Italien seine Grenzen für Migranten schließt und andererseits die Arme für eurokritische Osteuropäische Regierungen und für Russland öffnet. Die Liste des "schlechten Benehmens" kennt kein Ende.

Die Rolle Italiens in Europa und der Europäischen Union hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verändert. Italien war früher einer der prominentesten Unterstützer Europas. Die florierende Wirtschaft stärkte die G7 der Europäischen Union, und die politische Affinität machte das Land zu einem starken internen und externen europäischen Spieler. Ich kann die Worte unseres ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt nur teilen, wenn er sagt, "es schmerzt, diese politische Degeneration Italiens zu sehen". Europa braucht zwar dringend Änderung und muss näher an die Menschen heranrücken, aber so nicht. Populismus ist keine Lösung. Populismus zerstört nur unser europäisches Erbe. Die EU muss durch Zusammenarbeit reformiert werden. Das ist die wirkliche Lösung.

Mehr Forschung für die medizinische Verwendung von Cannabis

Cannabis spielt in der Schmerztherapie eine große Rolle und erleichtert das Leiden vieler Patienten: sei es zur Behandlung von generellen Schmerzen, Multipler Sklerose, der Linderung von Symptomen von psychischen Störungen wie Psychosen, des Tourette-Syndroms und von Epilepsie, Alzheimer, Arthritis, Asthma, Krebs, Morbus Crohn und Grünem Star, um nur einige zu nennen. Das Plenum des Parlaments hat am Mittwoch eine Entschließung verabschiedet, die den Einsatz und die Forschung im Bereich der Verwendung von Cannabis in der Medizin weiter vorantreibt. Zusätzlich hat die FDP einen Antrag unterstützt, der die Mitgliedsstaaten auffordert, die Debatte zur Legalisierung von Cannabis zu befördern. Leider wurde dieser Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Übergangsregeln für Flug- und LKW-Verkehr im Fall des Hard Brexit

Der Brexit nähert sich: in weniger als zwei Monaten will das Vereinigte Königreich die Europäische Union offiziell verlassen. Es ist zur Zeit nicht absehbar, ob man sich bis dahin noch auf ein Austrittsabkommen einigen wird, das beiden Verhandlungspartnern nochmals zwei Jahre Zeit lässt, um die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien neu zu regeln. Ein 'Hard Brexit' würde den abrupten Abbruch des Flug- und LKW-Verkehrs zwischen Großbritannien und der EU bedeuten. Die Kommission hat daher ein Gesetzgebungspaket vorgeschlagen, um die negativen Auswirkungen eines ungeordneten Brexits abzufedern. Die Verordnungsentwürfe zu Luftverkehr, Luftverkehrssicherheit und Straßengüterverkehr sollen nur für einen Übergangszeitraum von 9-12 Monate gelten. Voraussetzung ist allerdings, dass Großbritannien der EU dieselben Rechte einräumt.

Das sind allerdings Regeln, um den völligen Stillstand zu verhindern. Sie stellen nur ein Mindestmaß an Verkehrsverbindungen sicher und sind nicht vergleichbar mit der heutigen Situation. Denn auch hier gilt: Großbritannien verlässt den europäischen Binnenmarkt und verliert damit auch seine Vorteile. Um Flug-Passagiere nicht unnötig zu enttäuschen, hat das Parlament allerdings eine Deckelung der Flugpassagierzahlen auf dem Niveau von 2018 wieder gestrichen. Am Ende kann niemand entscheiden, welcher geplante Flug von und nach Großbritannien jetzt im Nachhinein wieder gestrichen werden soll, wenn alle

Tickets schon verkauft sind. Nachdem das Parlament nun seine Position angenommen hat, werden in den nächsten Tagen die Trilog-Sitzungen zu den drei Verordnungsvorschlägen stattfinden. Das Verhandlungsergebnis soll im März vom Plenum bestätigt werden, so dass die Übergangsregeln bereit sind, falls es Ende März zu einem ungeordneten EU-Ausstieg Großbritanniens kommt.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

SEARICA: Forschung und Entwicklung für den europäischen maritimen Sektor

Mitte Januar ging es in der ersten Konferenz meiner Meeresgruppe SEARICA in diesem Jahr um Forschung und Entwicklung im europäischen maritimen Bereich. Dem europäischen Wassersektor gehören Forschungsinstitute, Industrien, Universitäten, Organisationen und Beobachter an.

Wenn man bedenkt, dass 50% der Europäer in Küstengebieten, an Flüssen und Seen leben, wird klar, dass der Wassersektor eine sehr wichtige Rolle auch in Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten und die Wirtschaft spielt. 5,4 Millionen Jobs wurden schon im maritimen Sektor geschaffen, der 3,4% des europäischen BIP ausmacht. Der Wassersektor trägt erheblich zum globalen Handel und zur Förderung von Meeresressourcen und maritimen Aktivitäten bei.

Die maritime Wirtschaft hat sich ambitionierte Ziele gesetzt: bis 2050 soll der Schiffstransport komplett dekarbonisiert werden. Dieses Ziel ist noch ambitionierter als das, welches von der Internationalen Maritimen Organisation vorgegeben wurde. Dank innovativer Technologien an Bord und durch kosteneffiziente Umrüstungsprogramme sollen Schiffe energieeffizienter werden und nur noch von sauberen Energiequellen gespeist werden. Das Null-Emissionen-Ziel bis 2050 stellt gute Geschäftsmöglichkeiten für die Forschung, Entwicklung und Innovation dar. Die gute Nachricht ist, dass es schon Null-Emissionen-Schiffe gibt. Dies sind allerdings bislang alles kleine bis mittelgroße Passagier- und Frachtschiffe. Die Herausforderung ist es, die Technologien auf die großen Langstreckenschiffe zu übertragen, um die Emissionen weiterhin zu reduzieren. Eine weitere Zielsetzung bis 2050 ist, keine Unfälle, Störfälle oder verlorene Containerfracht auf Schiffen mehr zu verbuchen.

Der maritime Sektor zeigt jedoch nicht nur wirtschaftliches Interesse. Auch der Umweltschutz spielt eine wichtige Rolle, denn wirtschaftliches Wachstum ist nur mit gesunden Meeren und Wasserwegen zu erreichen. Der Vorsitzende der ‚Waterborne Technology Platform‘ betonte, dass der Sektor sich mithilfe aller verfügbaren Kapazitäten für den Meeresschutz stark macht. Dies geschieht beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen, um Umweltveränderungen zu beobachten.

SEARICA: In die Blaue Wirtschaft investieren

In der zweiten Searica Konferenz dieses Jahr widmeten wir uns der Blauen Wirtschaft. Es ist bekannt, dass die Blaue Wirtschaft großes Potenzial hat, uns in der Zukunft mit Energie, Rohstoffen und Nahrung zu versorgen. Doch vieles ist leichter gesagt als getan: im Bereich der Meeresenergien fehlen beispielsweise 90-230 Millionen Euro Investment, um die Nachfrage nach erneuerbaren Energien aus dem Meer decken zu können. Das Innovationstempo in der blauen Wirtschaft ist niedriger als erwartet und besonders die Kommerzialisierung erfolgreicher Innovationen ist relativ langsam.

Ein wesentlicher Grund dafür sind die noch sehr limitierten Finanzierungsmöglichkeiten. 65% der relevanten Investments wurden in den letzten fünf Jahren gegründet, die anderen 35% in den letzten 3 Jahren. Dies spricht aber auch dafür, dass die Blaue Wirtschaft dynamisch und attraktiv ist und sich auch in Zukunft schneller weiterentwickeln wird. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, wie man Investitionen in die Blaue Wirtschaft vereinfachen kann. Deshalb kann die Einführung einer Plattform für Investitionen in die Blaue Wirtschaft hilfreich sein, um so den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.

Nicht nur aus diesem Grund habe ich mich gefreut, dass Marcella Hansch und Tilman Flöhr vom Pacific Garbage Screening an dieser Searica Veranstaltung teilgenommen haben. Marcella Hansch hat als Architektin gemeinsam mit Maschinenbauern in Aachen eine Technologie entwickelt, um Plastik aus dem Meer zu entfernen. Durch eine schwimmende Plattform sollen Plastikpartikel an der Wasseroberfläche gefiltert werden und so zur Lösung des Plastikproblems beitragen. Als Initiatorin eines Startups konnte sie deshalb sehr gut schildern, was es bedeutet, ein solches Projekt auf die Beine zu stellen. Die finanzielle Hürde ist die größte Herausforderung, da es extrem schwierig ist, Investoren zu finden. Aus ihrer Sicht ist die Investitionsplattform dringend nötig, da sie Lösungen für die finanziellen Probleme junger Start-ups bringen kann.

Ende der Zeitumstellung in Sicht

Der Transport-Ausschuss beschäftigt sich derzeit erneut mit dem Thema der Abschaffung der Zeitumstellung. Ich bin davon überzeugt, dass das Hin- und Herschalten der Uhr alle 6 Monate beendet werden muss und setze mich seit langem dafür ein. In einer Anhörung am 21. Januar wurde der Mythos, die Sommerzeit spare Energie, mit einer Studie widerlegt. Die Vermutung, dass zusätzliches Sonnenlicht am Morgen besser für die Verkehrssicherheit ist, scheint ebenso unschlüssig. Dort machen unterschiedliche Gewohnheiten beim Fahren, die Qualität der Infrastruktur und künstlichen Beleuchtung den echten Unterschied. Außerdem zeigt die Statistik, dass es in den ersten Wochen nach Umstellung auf die Sommerzeit vermehrt am frühen Morgen zu Verkehrsunfällen kommt, von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Das wichtigste Gegenargument der Zeitumstellung ist für mich die Störung des menschlichen Biorhythmus. Professor Dario Acuna-Castroviejo von der Universität Granada hat die negativen Auswirkungen der monatlichen Änderung der Beleuchtung auf unseren biologischen Rhythmus erforscht. Er erläuterte wie auch eine Zeitumstellung von nur einer Stunde unsere „zirkadiane Uhr“ durcheinanderbringt, ein Begriff, der von einer mit Nobelpreisen ausgezeichneten Forschung von 2017 geprägt wurde und unsere biologische Verbundenheit im Zusammenspiel mit unserer Exposition zu Licht bezeichnet. Dieser zirkadiane Rhythmus, den jeder Mensch hat, reguliert aber nicht nur unseren Schlafrythmus, sondern auch unseren Blutdruck, die Melatonin-Abscheidung und hat Einfluss auf unser Immunsystem. Wenn dieser Rhythmus gestört wird, kann das negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben und bringt in vielen Fällen sogar psychologische Risiken mit sich mit.

Nicht nur im Verkehrsausschuss gibt es derzeit kontroverse Diskussionen, ob die Zeitumstellung abgeschafft werden soll. Viele können die gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht aus persönlichem Erleben nachvollziehen und halten sie daher für übertrieben. Andere fürchten ein Zeitzonen-Chaos, wenn in Zukunft jeder Mitgliedstaat selber entscheiden soll, ob er nun permanent die Sommer- oder die Winterzeit einführt. So ist es im Kommissionsvorschlag vorgesehen, denn das ist Kompetenz der Mitgliedstaaten. Natürlich hofft man auf eine Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander, um die Abläufe im Binnenmarkt nicht zu stören. Aber ich bin überzeugt, dass diese Absprache genauso erfolgen würde wie bei der Einführung der Zeitumstellung. Wenn andererseits Länder wie Russland und China die Zeitumstellung wieder abgeschafft haben, weil die Nachteile gegenüber den Vorteilen überwiegen, sollte die EU diesem Beispiel folgen.

Trilog-Verhandlungen im Schnelldurchlauf: European Maritime Single Window, Schiffszertifizierung nach Brexit und maximale Maße und Gewichte von LKWs (Schatten-Berichterstatlerin)

Die Zeit drängt, das Mandat neigt sich dem Ende zu und viele Gesetzgebungsverfahren sollen noch abgeschlossen werden. Deswegen finden die letzten Wochen am laufenden Band Trilog-Sitzungen statt. Ich habe seit meinem letzten Newsletter allein drei Trilogie abgeschlossen. Es handelte sich um neue Gesetze, die alle nicht sonderlich umstritten waren, so dass die Verhandlungen relativ schnell über die Bühne gingen.

Bei der Verordnung zum European Maritime Single Window wurde Anfang Februar nach nur zwei Sitzungen eine Trilog-Einigung erzielt. Es geht um neue Regeln über die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen in EU-Häfen durchlaufen müssen. Die notwendigen Informationen z.B. über Crew und Ladung sollen in Zukunft in einem europaweit einheitlichen Format elektronisch übermittelt werden. Auch die Menge und Art der abgefragten Informationen wird vereinheitlicht. Das erspart den Schiffen eine Menge Aufwand, da nicht mehr für jeden Hafen einzeln Formulare ausgefüllt werden müssen, sondern die Informationen einfach für den Folgehafen weiterverwendet werden können.

Die Verordnung zur Anpassung der Schiffszertifizierungsgesellschaften an den Brexit wurde sogar in nur 30 Minuten abgehandelt. Dabei musste nur ein Paragraph der bestehenden Gesetzgebung geändert werden, damit britische Schiffszertifizierer weiter auf dem europäischen Markt arbeiten können. Viele Mitgliedstaaten und auch Reeder haben nämlich laufende Verträge mit diesen Gesellschaften zur technischen Überprüfung ihrer Schiffe. Diese Verträge vorzeitig zu kündigen, hätte hohe Vertragsstrafen bedeutet. Am Ende wäre es für die Reeder kostengünstiger gewesen, ihre Schiffe unter einer Nicht-EU-Flagge fahren zu lassen, als die Vertragsstrafen zu bezahlen. Um das Ausflaggen und eine weitere Schwächung der europäischen Flaggen zu verhindern, hat man daher lieber die Gesetzgebung angepasst.

Auch im Trilog zur Richtlinie über die maximalen Abmessungen und Gewichte von LKWs ging es nur um die Änderung eines Paragraphen. Hier haben wir uns immerhin 1,5 Stunden darüber gestritten, wann die neuen Regeln zu aerodynamischen Fahrerinnen in Kraft treten sollen. Windschnittige LKWs sparen nämlich Benzin und erlauben gleichzeitig eine bessere Sicht für die Fahrer, dienen damit auch der Verkehrssicherheit. Vor allem abbiegende Fahrradfahrer sollen so besser erkannt werden. Das Parlament möchte diese neue Generation von LKW-Kabinen so schnell wie möglich auf der Straße sehen und hatte eine Frist von 6 Monaten vorgeschlagen. Der Ministerrat will den Fahrzeugbauern noch 1,5 Jahre Zeit geben, die neuen Kabinen zu entwickeln. Hintergrund ist, dass bisher erst einige Firmen die neuen Modelle entwickelt haben. Gerade bei der Verhandlung von Fristen geht es immer zu wie auf dem türkischen Basar. Am Ende haben wir uns auf eine Einführung bis zum 1. September 2020 geeinigt – zu mehr waren die Mitgliedstaaten unter rumänischer Verhandlungsführung nicht bereit.

Klima und Satelliten - 11. Konferenz zur europäischen Weltraumpolitik

Sie haben sicherlich schon oft bei mir gelesen, dass wir mehr über den Weltraum wissen als über die Ozeane auf unserem eigenen Planeten und das hier Aufholbedarf besteht. Daher war ich sehr erfreut, am 22. Januar als Meerespolitikerin zur 11. Konferenz über europäische Weltraumpolitik eingeladen worden zu sein. Das Thema des Panels war, was Satelliten und die europäische Weltraumpolitik zum Schutz unserer Umwelt und der Ozeane beitragen können. Meine Botschaft als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für die Meerespolitik bestand aus zwei Teilen: einerseits müssen wir Satelliten zur Überwachung und Erforschung unserer Ozeane nutzen und andererseits ein wettbewerbsfähiges offenes Umfeld schaffen, in dem alle Interessengruppen zur Erforschung unseres Planeten und des Weltraums Beiträge leisten können.

Beim ersten Thema ging es um Satellitensysteme und europäische Raumforschungsprojekte wie Copernicus und Galileo, mit denen ich mich in der Vergangenheit nicht nur im Verkehrsausschuss, sondern auch als Berichterstatteerin für integrierte Meerespolitik und maritime Raumordnung sowie in mehreren Konferenzen von SEARICA beschäftigt hatte. In meinem Newsletter vom September 2018 habe ich über meinen Besuch im Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) Neustrelitz berichtet. Satelliten und Erdbeobachtung bieten detaillierte Lagebilder und können alle Schiffsbewegungen genau verfolgen. Das DLR Neustrelitz liefert die Daten an die Europäische Agentur für Sicherheit auf See EMSA in Lissabon, die damit beispielsweise Umweltsünder auf See entdecken und verfolgen kann.

Das Potenzial unserer Satellitensysteme für Sicherheit, Umwelt und Meeresforschung ist noch lange nicht ausgeschöpft. Indem wir Unternehmen und Start-ups den Zugang zu durch Satelliten erhaltenen Weltraumdaten erleichtern, schaffen wir gleichzeitig ein erstmalig weltweit wettbewerbsfähiges Umfeld für die Weltraumforschung. Dies wird bereits in anderen Forschungsbereichen ermöglicht und kann nur Vorteile haben. Regierungsdienste verfolgen zum Beispiel während Katastrophen Live-Satellitenbilder, um ihre Notfalleinsätze zu koordinieren, und sie überwachen damit auch die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Küsten. Die riesige Anzahl an Daten und Bildern stellt jedoch häufig eine Überlastung dar, wodurch die Koordination erschwert werden kann. Krisenreaktionen in Echtzeit sind oft noch zu langsam und die Abmessung von Veränderungen unserer Umwelt werden zu spät entdeckt. Um diese Verarbeitungsprobleme zu lösen und gleichzeitig den vollen Nutzen unserer Raumfahrtprogramme zu erreichen, brauchen wir einen unabhängigen und innovativen europäischen Raumfahrtsektor. Als Sondergesandte setze ich mich nicht nur dafür ein, dass der Schutz der Ozeane gewährleistet wird, sondern auch dafür, dass das wirtschaftliche Potenzial unserer Ozeane durch Forschung und Daten gestützte Innovation voll erschlossen und nachhaltig ausgeschöpft werden kann.

Europas Fortschritt beim Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030

Europa spielt eine führende Rolle bei der Erreichung einer nachhaltigeren Zukunft. Im Januar fand eine hochrangige gemeinsame Anhörung mit den Ausschüssen für Entwicklung und Umwelt über die Fortschritte der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung 2030 statt. Diese Anhörung begann mit zwei Vorträgen von Experten der Europäischen Union und von den Vereinten Nationen, die die Fortschritte Europas dokumentierten und die nächsten Schritte skizzierten. Es folgte danach eine Rede des weltbekannten Ökonomen Jeffrey Sachs. Zwei Dinge wurden während dieser Studie klar:

Zum einen sind wir weit davon entfernt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung voll zu erreichen. Derzeit übernehmen einige Regierungen mehr Verantwortung als andere, und die Regionen beziehen ihre Bevölkerungen nicht genügend ein. Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung sollten auf allen Ebenen Bestandteil der gesamten europäischen Politik werden. Gesetzt wird auf 'Governance': Bessere Umsetzung.

Andererseits nimmt Europa eine klare Führungsrolle bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ein. Der Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs lobte die EU für ihre Fortschritte. Gleichzeitig malte er aber ein düsteres Szenario für die Zukunft der globalen Zusammenarbeit im Nachhaltigkeitsbereich. Er forderte mehr Aktionen auf europäischer Ebene und eine noch stärkere Führungsrolle weltweit, um globale Nachhaltigkeit zu erreichen. Gerade nach dem Ausstieg Donald Trumps aus dem Pariser Klimaabkommen und damit dem Fehlen der USA bei einer ambitionierten Entwicklung ist Europa mehr gefragt denn je.

Bei der Debatte im Straßburger Plenum zu der Strategie für ein nachhaltiges Europa habe ich besonders auf die Bedeutung gesunder Ozeane sowohl für das Klima als auch für die Nutzung der Meeresressourcen für die wachsende Weltbevölkerung hingewiesen.

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bieten ein breites Spektrum, um eine nachhaltige Zukunft für die nächsten Generationen zu erreichen. Weitere Informationen dazu finden Sie hier: <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>

Schwänzen für das Klima

Wie Sie sicher in den Medien verfolgt haben, wurde die Aufmerksamkeit während der letzten Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Katowice vor allem an Greta Thunberg gerichtet. Greta, enttäuscht über das mangelnde politische Engagement in Europa und weltweit, schwänzt die Schule einmal pro Woche, um vor dem schwedischen Parlament für das Klima zu protestieren. In ganz Europa, vor allem aber in Belgien, hat sich dieser Trend unter dem Hashtag #FridaysforFuture durchgesetzt und zu einem größeren Phänomen wöchentlicher Proteste (jeden Freitag) geführt. Am 27. Januar protestierte sogar eine Menge von ca. 70.000 Menschen in Brüssel, darunter vor allem viele Jugendliche. Das unsere Jugend sich derartig mit Klimaschutzaktionen beschäftigt ist beeindruckend und gleichzeitig ein Appell an uns europäische Politiker und auch nationale Regierungen. Schon während des letzten European Youth Events kam es zu intensiven Diskussionen mit den Jugendlichen über die Themen, die sie am meisten bewegen, und auch da spielte der Klimawandel eine große Rolle. Wir müssen diese Anliegen ernst nehmen und gemeinsam mit der Jugend Szenarien für eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten entwickeln und umsetzen.

Eine arbeitsreiche Woche im Europaparlament - Wochenbericht von Schülerpraktikant Josha Gerke

Im Januar hatte ich das Vergnügen, ein fünftägiges Praktikum im Europäischen Parlament bei der Abgeordneten der ALDE-Fraktion Gesine Meissner absolvieren zu dürfen. Ermöglicht wurde dieses Praktikum von meiner Schule, dem Katharineum zu Lübeck.

Es ging nach meiner Ankunft am Montag schon schnell los zu der ersten Trilog-verhandlung. Thema dieses Trilogs war das sogenannte European Maritime Single Window Environment, worin es um Formalitäten für Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen geht. Es war sehr spannend zu sehen, wie die Vertreter des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und des Europäischen Rates miteinander verhandelt haben. Direkt danach bin ich in den Verkehrsausschuss gegangen. Dort ging es um die sehr umstrittene Zeitumstellung. Durch die vielen neuen Argumente und Ansichten der Abgeordneten hat sich meine Meinung zur Zeitumstellung verändert. Sie hat einen negativen Einfluss auf unsere Gesundheit und behindert außerdem den Binnenmarkt der Europäischen Union. Daher bin ich der Meinung, dass man die Zeitumstellung abschaffen sollte und sich gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten der EU auf die Winter- oder die Sommerzeit einigen sollte. Am Abend bin ich zu einem weiteren Trilog gegangen. Diesmal war das Thema der Brexit. Am Ende dieser Trilogverhandlung haben alle begonnen zu jubeln, da sich die Politiker auf eine gemeinsame Lösung geeinigt haben und der Trilog somit beendet war.

Am Dienstag musste Ich bereits um 8:45 Uhr beim Parlament sein, da um 9:00 Uhr der Verkehrsausschuss begann. In der Sitzung wurden im Wesentlichen drei Themen angesprochen: Zuerst wurde über das Mobility Package gesprochen. Beim Mobility Package geht es um die Problematik der ungleichen Arbeitsbedingungen von LKW-Fahrern in Ost- und Westeuropa. Das zweite angesprochene Thema war

die Regelung des Britischen Flugverkehrs im Falle eines Brexits. Wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austreten würde, müsste der gesamte Britische Flugverkehr lahmgelegt werden, da dieser im Moment noch europäischen Regeln unterliegt. Zum Ende der Sitzung hat die rumänische Verkehrsministerin ihre Vorstellungen und Ziele für die nächsten 6 Monate vorgestellt. Sie ist sehr optimistisch für die Zukunft und bekam von den Abgeordneten viel Unterstützung. Nach einer kurzen Pause ging es dann weiter in den ENVI-Ausschuss, welcher für Gesundheit und Umwelt zuständig ist. Dort stellte die Rumänische Gesundheitsministerin auch ihre äußerst optimistischen Ziele vor. Sie will unter anderem die Antibiotikaresistenz stark bekämpfen und die Impfquote erhöhen. Außerdem will sie daran arbeiten, einen universellen Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten. Die Abgeordneten waren mit den Zielen grundsätzlich einverstanden. Allerdings waren einige der Meinung, dass die Ziele für so einen kurzen Zeitraum übertrieben sind und haben deswegen nach einem konkreten Zeitplan gefragt, bei dem deutlich wird, wie man alle Probleme in so kurzer Zeit bewältigen will. Am Abend sind wir zu einer Space Conference im Egmont Palast gegangen. 8 verschiedene Redner, darunter auch Gesine Meissner, informierten über das Programm Copernicus. Copernicus ist ein Programm, welches mithilfe von Satellitenbildern Informationen zu bestimmten Dingen wie beispielsweise den Plastikmengen im Ozean geben kann. Es war ein sehr interessanter Abend und sehr besonders, mal im Egmont Palast gewesen zu sein.

Am Mittwoch musste ich erst um kurz vor 10 da sein, weil der erste Ausschuss erst um 10 Uhr begann. Im ITRE-Ausschuss, also dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie begann die Sitzung mit einer schnellen Abstimmung. Als die Abstimmung vorbei war leerte sich der Saal deutlich und es wurde mit dem Thema Zeitumstellung fortgefahren. In seiner Stellungnahme sagte der Berichterstatter, dass man genau überlegen muss, worauf man sich einigt und dass man auf keinen Fall überhastete Entscheidungen treffen darf. Die Schattenberichterstatter schlossen sich alle der Meinung des Berichterstatters an und fügten lediglich einzelne Punkte hinzu. Die Kommission wurde von den Abgeordneten scharf kritisiert, da die Kommission die Zeitumstellung als nicht besonders wichtig betrachtet und einen größeren Fokus darauflegen sollte, da die Zeitumstellung ein umstrittenes Thema ist und eine Entscheidung große Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt hat. Der nächste Punkt auf der Tagesordnung war das European Youth Event. Drei Personen dieser Organisation stellten dort ihre Ansichten zu verschiedenen gesundheitlichen Fragen und diskutierten anschließend mit den Abgeordneten darüber. Die Abgeordneten bedankten sich bei den drei Personen und betonten, wie wichtig es sei, sich bereits in jungen Jahren in der Politik zu engagieren und lobten sie für ihren Einsatz. Um 18:00 Uhr bin ich mit zwei weiteren Praktikanten zum Neujahrsempfang der FDP gegangen. Meine Aufgabe war es, Kopfhörer an Gäste zu verteilen, die kein Deutsch gesprochen haben. Gegen 19:00 Uhr trafen Christian Lindner, Spitzenkandidat der FDP, und Margrethe Verstaeger ein und hielten eine kurze Rede zur Zukunft Europas und über die kommenden Europawahlen. Danach gab es bei netten Gesprächsrunden noch leckere Häppchen und Getränke. Es hat mich sehr gefreut, dass Ich bei diesem Event dabei sein durfte und Christian Lindner sehen konnte.

Am Donnerstag war im Vergleich zu den drei vorherigen Tagen sehr wenig los. Die einzige Veranstaltung an diesem Tag war das Searica Event, bei dem Gesine Meissner Präsidentin ist. Diese Organisation setzt sich für den Schutz der Weltmeere ein. Bei dem Event ging es um die Ziele des sogenannten Waterborne Sektor. Man will unter anderem die Digitalisierung vorantreiben und zukunftsorientiert denken und handeln um den Klimawandel zu stoppen. Viele Ziele sind sehr groß und nehmen daher auch viel Zeit in Anspruch. Das Jahr 2050 wird daher für viele Ziele als Orientierung genommen.

Da am Freitag keine Ausschusssitzungen mehr stattfinden, stand am Freitag Büroarbeit an. Das fünftägige Praktikum verging wie im Flug und ich bin sehr dankbar für die vielen tollen neuen Einblicke die Ich zur Politik in der Europäischen Union bei Gesine Meissner und Ihrem Team sammeln durfte und bin stolz, an diesem Praktikum teilgenommen zu haben.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**
Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), Übergangsregeln für Flug- und LKW-Verkehr im Fall des Hard Brexit, 9. Forschungsrahmenprogramm,
- **Demnächst im Trilog:**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, InvestEU Programm 2021-2027,
- **Im Ausschuss:**
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Finanzierung nachhaltiger Investitionen,

III. Aus Deutschland und aller Welt

Wennigsen - Im Dialog mit den Grünen: ‚Meeresschutz statt Plastikschmutz‘

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen in meiner Heimatgemeinde Wennigsen fragte mich im letzten Herbst, ob wir nicht einmal gemeinsam das Thema „Plastikbelastung der Meere“, das mich ja sehr umtreibt, an einem Diskussionsabend behandeln sollten. Ich fand die Idee sehr gut, und so kam es zu einem Grünen Dialog, gemeinsam veranstaltet mit unserem FDP-Ortsverband. Den Input gab ich mit einer PowerPoint-Präsentation über die Belastung der Meere mit Plastikmüll, Erkenntnisse aus den Konferenzen in meiner Meeresgruppe und europäische Gesetzgebung als Konsequenz, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen aus dem Landtag berichtete dann über die Belastung der Nordsee – die Fraktion der Grünen hatte dazu eine Anfrage im niedersächsischen Landtag gestellt und eine ausführliche Antwort bekommen.

Im Anschluss ergab sich eine rege Diskussion, auch darüber, was wir alle selbst tun können, um die Belastung der Umwelt mit Plastikabfall zu vermeiden. Viele nutzen in Wennigsen beispielsweise bereits die Möglichkeit, beim EDEKA-Markt Aufschnitt und Käse in mitgebrachte Behälter einfüllen zu lassen, um so die dünnen Plastikfolien einzusparen. Einigkeit bestand darüber, dass nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa mehr recycelt und dann auch in neuen Produkten wiederverwertet werden sollte, da ist noch viel Luft nach oben. Denn die Vorstellung, dass die Nachwelt später von unserer Zeit als dem „Plastikzeitalter“ spricht, gefällt niemandem.

IV. Terminvorschau

18-21.2	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe „Empowering Women“
25.-28.2	Brüssel	Ausschüsse
26.2	Brüssel	SEARICA-Konferenz “Seegrass”
4.-7.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Jury Jugendkarlspreis
6.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz „Maritime Schutzzonen“
7.3.	Brüssel	SEARICA-Treffen mit dem Generalsekretär der IMO
8.3	KGS Hemmingen	Podiumdiskussion zum Klimawandel
8.3.	Laatzen	FDP-Abendveranstaltung „Das Problem mit dem Plastik“
11.-14.3.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuch von Jungbauern aus Niedersachsen
15.3	Sylt	Besuch des Alfred-Wegner-Instituts

18. Februar 2019